

Positionspapier

Handwerk und Normung

Positionen und Strategie

Beschluss des ZDH-Präsidiums

Berlin, 14. Mai 2020

Handwerk und Normung Positionen und Strategie

Sachgerechte Normen sind in globalisierten und auf Arbeitsteilung basierten Volkswirtschaften unverzichtbar, denn sie bieten viele Vorteile: Normen erleichtern die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Partnern und Kunden, sie gewährleisten die Kompatibilität und die einfache Integration von Produkten und sie führen darüber zu Kosteneinsparungen in den Arbeitsabläufen, in der Planung und im Einkauf. Normen schaffen einen verlässlichen Rahmen, indem sich Marktteilnehmer gemeinsam unter gleichen Bedingungen bewegen können. Darüber hinaus erhöhen sie vielfach die Qualität und die Zuverlässigkeit von Produkten und steigern damit die Produkt- und Rechtssicherheit. Schließlich können sachgerechte Normen auch als Beschleuniger für Innovationen dienen und helfen, neue Lösungen am Markt zu verankern wie auch für den digitalen Wandel.

Aufgrund der zahlreichen Vorteile ist der Nutzen von Normung und von Normen im Handwerk grundsätzlich unbestritten. Die Notwendigkeit von Normen und die Grundsätze der Normungsarbeit sind im Handwerk anerkannt. Normen bilden in vielen Gewerken des Handwerks eine unverzichtbare Grundlage für das Angebot ihrer Leistungen. Durch Normen entsteht Rechtssicherheit, und Transaktionskosten werden gesenkt. Insbesondere für technische Leistungen werden Anforderungen in Form anerkannter Regeln der Technik, eine gemeinsame Sprache und Qualifikationsrahmen bereitgestellt. Enorm wichtig sind Normen auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland, weil durch sie Innovationen in die Praxis eingeführt und weitere Innovationspfade abgesteckt werden. Durch diese Funktionen entstehen durch Normen ein enormer volkswirtschaftlicher Nutzen und eine Öffnung neuer Märkte, insbesondere des EU-Binnenmarktes.

Dieser fußt nicht zuletzt auch auf der ordnungspolitischen Trennung zwischen Regulierung und Standardisierung. Für das Handwerk ist deshalb auch der Grundsatz unverzichtbar, dass Normung in Selbstverwaltung der Wirtschaft unter partnerschaftlicher Beteiligung der interessierten Kreise aus Wirtschaft, Wissenschaft, öffentlicher Verwaltung, Politik und Gesellschaft erfolgt.

Normung braucht Transparenz, Klarheit und Zugang

Das Handwerk ist in besonderer Weise von der Normung und von Normen betroffen: Mit seinen über 130 Berufen ist es in nahezu allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen tätig, sei es in Wertschöpfungsketten mit der Industrie oder in der direkten Produkt- und Dienstleistungserstellung für private Verbraucher sowie für die öffentliche Hand. Dabei produziert, be- und verarbeitet das Handwerk tausende Vor-, Zwischen- und Endprodukte mit den unterschiedlichsten Materialien: Vom Weizen bis zum High-Tech-Kunststoff, von der Uhr bis zu Smart-Home-Technologien. In nahezu allen denkbaren Wirtschaftsbereichen müssen Handwerksbetriebe als Umsetzer und Anwender Normen beachten und in ihre Leistungen integrieren.

Allerdings fällt das den meisten der rund 1 Mio. Handwerksbetrieben zunehmend schwer, denn die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt 5 Mitarbeiter. Während schon die Erfassung aller für die Arbeit relevanten Normen eine Herausforderung darstellt, ist den meisten dieser kleinen und mittleren Betriebe eine aktive Mitarbeit in der Normung nicht möglich. Es fehlen zeitliche, personelle und finanzielle Kapazitäten. Die Handwerksorganisationen und dabei insbesondere die Fachverbände des deutschen Handwerks nehmen aus diesem Grunde eine wichtige Rolle als Interessenvertreter und Mittler im Bereich der Normung ein. Von besonderer Bedeutung ist es vor diesem Hintergrund, dass Nor-

mung und Normen möglichst transparent sein müssen, dass sie klar und verständlich formuliert und möglichst einfach zugänglich sind und dass Experten aus dem Handwerk auf Augenhöhe an der Normenerstellung mitwirken können.

Problematische Entwicklungen in der Normung

Unbenommen der Vorteile, die Normung und Normen auch den kleinen und mittleren Betrieben des Handwerks bringen, sieht das Handwerk jedoch auch problematische Entwicklungen in der Normung:

- Das Normenaufkommen ist gewaltig und das Normungsgeschehen wird immer unüberschaubarer: Neben dem Bestand von rund 34.000 Normen erscheinen jährlich rund 4.400 DIN-Entwürfe und rund 2.000 DIN-Normen.
- Hinzu kommt, dass immer mehr Normen auch von der europäischen und der internationalen Ebene zu berücksichtigen sind, wodurch die Beherrschbarkeit weiter erschwert wird.
- Neben einer zunehmenden Anzahl von Normen ist aber auch eine deutliche Ausweitung der sog. Querschnittsnormung und der horizontalen Normung festzustellen, die nicht zuletzt den Rechercheaufwand erheblich steigern und die Transparenz erschweren. Weil der Bezug zum eigentlichen Sachgebiet des Anwenders oftmals nicht klar ersichtlich ist, waren Betroffene in der Vergangenheit häufig nicht oder nur unzureichend informiert und in die Erarbeitung eingebunden.
- Dies hat in der Vergangenheit auch dazu geführt, dass es teilweise zu thematischen und inhaltlichen Dopplungen gekommen ist: Zwischen Normen, aber auch mit technischen Regelwerken und Richtlinien.
- Darüber hinaus hat sich auch die Verständlichkeit und die Lesbarkeit von Normen tendenziell verschlechtert: Normen sind komplexer geworden, der Normenumfang hat sich erweitert und sie sind - nicht selten - auch für Fachleute schwer nachvollziehbar.
- Dabei ist zum Teil die Umsetzbarkeit von Normen für KMU nicht immer gegeben. Normen haben aus der Sicht des Handwerks die Aufgabe anerkannte Regeln der Technik bereitzustellen. Dabei sind Innovationen abzubilden. Es sind jedoch Bereiche zu beobachten, in denen im Übermaß als Bezugsgröße der Normung der Stand der Forschung zum Maßstab genommen wird. Die Praxistauglichkeit rückt dann in den Hintergrund.
- Obwohl eine Partizipation von KMU an der Normung in hohem Maße erforderlich ist, um bereits während der Normenerstellung eine KMU-Tauglichkeit (praktische Anwendbarkeit) sicherzustellen, ist sie aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Kapazitäten sowie der bestehenden institutionellen Festsetzungen in Normungsorganisationen nur gering ausgeprägt.
- Eine weitere sehr bedenkliche Entwicklung ist der Versuch der Regelsetzung durch DIN SPEC. Hier wird versucht, ohne die ansonsten selbstverständliche Einbindung der interessierten Kreise, Normung zu betreiben. Dies führt dazu, dass der Weg frei ist, Einzelinteressen durchzusetzen. Dies gefährdet nicht nur die Qualität, sondern auch die Reputation der gesamten Normung. Die Zusammenführung von Vornormen, DIN-Fachberichten und PAS unter dem Begriff DIN SPEC führt zu Verwirrungen am Markt. Eine ehemals vorhandene klare Struktur ist hierdurch verloren gegangen. Diese Fehlentwicklung muss dringend umgekehrt werden.

- Und schließlich sind Tendenzen festzustellen, dass Normung vielfach instrumentalisiert wird: Sei es durch die Politik, durch Interessengruppen oder durch (Groß-) Unternehmen und weltweit agierende Konzerne.

Vor diesem Hintergrund ist die Beobachtung des Normungsgeschehens, aber insbesondere auch die Normungsarbeit extrem aufwendig geworden. Die meisten der kleinen und mittleren Unternehmen des Handwerks können dies nicht leisten. Aber auch den Interessenvertretern fällt die Begleitung der Prozesse zunehmend schwerer. Dies hat dazu geführt, dass die Einbringung von KMU-Interessen im Normungsgeschehen insgesamt schwieriger geworden und unterrepräsentiert ist.

Deshalb ist eine regelmäßige und institutionell verankerte Beteiligung des Handwerks und seiner Vertreter unerlässlich, um die Handwerksbelege in der Normung sicherzustellen.

Den skizzierten Herausforderungen gilt es mit konkreten Lösungsansätzen zu begegnen, um auch zukünftig eine breite Akzeptanz der Normungsergebnisse sicherzustellen, die Voraussetzung für ein funktionierendes Normungswesen ist. Das Handwerk unterbreitet dazu konkrete Lösungsvorschläge.

1. Europäische Normung: Instrumentalisierung vermeiden, Normenstau auflösen

In vielen Bereichen ist die nationale Normung längst nicht mehr ausreichend. Insbesondere neue Technologien wie die Digitalisierung und die Künstliche Intelligenz und daraus resultierende neue Lösungen wie für das Smart-Building oder für die Elektromobilität benötigen eine europäische, wenn nicht globale Normung. Auch in anderen wichtigen Bereichen wie dem Bauen, der Infrastruktur oder der Elektrotechnik sowie der Telekommunikation ist europäische Normung sinnvoll und europarechtlich erforderlich.

Allerdings sieht das Handwerk mit Sorge mehrere Negativentwicklungen mit der europäischen Normung verbunden: Normung droht politisiert zu werden, dringend benötigte Normen kommen nicht in der Wirtschaft an und Normung wird instrumentalisiert.

So ist die Europäische Kommission dazu übergegangen, mit ihren Gesetzesinitiativen nur den belastbaren, übergeordneten Rahmen zu verhandeln und vorzugeben, während sie die technischen Vorschriften über delegierte Rechtsakte und Normungsmandate beauftragt. Anstelle des regulären Gesetzgebungsverfahrens wird damit ein weit weniger transparentes Normungsverfahren eingeleitet, an dem sich KMU nicht in ausreichendem Maße beteiligen können. Die neue Trinkwasserrichtlinie ist dafür ein anschauliches Beispiel. Ursprünglich sollten Materialien und Bauprodukte, die mit Trinkwasser in Kontakt kommen, über die Bauproduktenverordnung geregelt werden anstatt in der Richtlinie. Aufgrund des Drucks von Verbänden und Parlament konnte dieses Verfahren gestoppt werden, jedoch droht die Gefahr einer politischen Instrumentalisierung. Dahinter steht ein grundlegend anderes Verständnis der Normung: Während in Deutschland Normen als technische Regeln verstanden werden, sieht die EU Normen eher als ein Instrument zur Stärkung des Binnenmarktes an und versucht darüber Standards zu setzen und Normen europaweit zu vereinheitlichen – dabei werden leider oft deutsche qualitative Anforderungen nicht erfüllt. Innerhalb des Prozesses kommt als Problem hinzu, dass vielfach Sonderfälle in einzelnen Mitgliedstaaten zum Regelfall erklärt werden – oftmals unnötig.

Forderungen:

- **Normung darf auf europäischer Ebene nicht politisch instrumentalisiert werden.**
- **Es ist zu gewährleisten, dass nur notwendige Konkretisierungen in Gesetz-**

gebungsverfahren über Normungsaufträge ausgelagert werden, damit ein möglichst hohes Maß an Transparenz und demokratischer Legitimation sichergestellt wird. Die Beteiligung von KMU ist in jedem Fall erforderlich.

- **Sonderfälle dürfen nicht zum Regelfall werden.**

Zugleich ist im Bereich der harmonisierten europäischen Normen ein erheblicher Rückstau zu beobachten – sowohl in der Bearbeitung als auch in der Veröffentlichung. Normen, die in der Wirtschaft gebraucht werden, kommen nicht an – z.T. jahrelang. Verantwortlich dafür sind zum einen zu ungenau und unbestimmt formulierte Normungsmandate, zum anderen ist dafür auch ein Verfahren verantwortlich, das viel zu lange dauert. Neben Einsprüchen der Mitgliedstaaten wird die Veröffentlichung aber seit Langem durch die Kommission selber verzögert, die prüfen und freigeben muss, dass der Normentwurf mit dem Normungsmandat übereinstimmt. Rückstau ist insbesondere dort aufzuheben, wo zugrundeliegende Verordnungen oder Richtlinien nicht überarbeitet wurden.

Der erhebliche Rückstau im Bereich der harmonisierten Normen ist in nahezu allen Bereichen festzustellen, seien es Medizinprodukte, die Elektrotechnik und insbesondere auch Bauprodukte. Dort kommt noch ein besonderes Problem hinzu - die europäische Bauproduktenverordnung (BPV). Mit ihr wurden europäische Bauproduktennormen eingeführt, die überwiegend Bauprodukte beschreiben, aber keine Anforderungen an Mindestgütern und -festigkeiten enthalten dürfen. Im Gegensatz zu den früheren deutschen Normen ist auch bei sicherheitsrelevanten Bauprodukten keine unabhängige Fremdüberwachung der Produktion vorgesehen. Das CE-Zeichen der Norm ist aber als Anforderungsnachweis in Deutschland bei Weitem nicht

ausreichend, um bauaufsichtlichen Ansprüchen zu genügen. Dadurch sind Qualitätsverluste bis hin zu Sicherheitsrisiken bei Bauprodukten zu befürchten. Hinzu kommt, dass mit der BPV der Nachweis der Verwendbarkeit unter Berücksichtigung der nationalen Bauvorschriften vom Hersteller der Bauprodukte zum Planenden und zum anwendenden Bauunternehmen verlagert wurde – ein untragbarer Zustand.

Im Rahmen der CE-Kennzeichnung wirken sog. Benannte Stellen (Notified Bodies) als Konformitätsbewertungsstellen. Problematisch für ein Funktionieren des Binnenmarktes und für KMU im Besonderen ist eine unterschiedliche Arbeitsweise bzw. Auslegung von Anforderungen. Im europäischen Vergleich zeigt sich in der Praxis, dass unterschiedliche Maßstäbe bei der Bewertung durch die Stellen angelegt werden und sich somit Qualitätsunterschiede je nach Mitgliedsstaat ergeben können. Das Konformitätsbewertungssystem wird damit unverlässlich.

Darüber hinaus hat das Handwerk keine Möglichkeit, bei der Zusammensetzung dieser Stellen mitzuwirken bzw. im Austausch mit den Stellen eine praxisorientierte Umsetzung von Zertifizierung sicher zu stellen, die zu einem besseren Verständnis der Bedürfnisse von KMU beitragen würde.

Forderungen:

- **Rückstau bei harmonisierten Normen auflösen, Verfahren deutlich vereinfachen und beschleunigen, Bauproduktenverordnung nachbessern, Transparenz bei Normungsmandaten sicherstellen, Zusammensetzung und Arbeitsweise von Konformitätsbewertungsstellen (Notified Bodies) prüfen und ggf. anpassen.**

- **Aufbau eines verlässlichen und strikt einzuhaltenden Rahmens auf Basis harmonisierter Normen zur Unterstützung der Akkreditierungsverordnung, wie es im Arbeitsprogramm der EU für die Normung 2020 bereits gefordert wird.**

Tatsächlich wird die europäische Normung aber auch von interessierten Kreisen einseitig für ihre Zwecke genutzt. Ein Beispiel ist die Normung in der Denkmalpflege über das Technische Komitee CEN/TC 346 "Erhaltung des kulturellen Erbes". Denkmale sind Unikate, bei denen für jedes Objekt/Gebäude eine spezielle auf das Unikat abgestimmte Lösung gefunden werden muss. Normen hierfür zu definieren, ist nahezu unmöglich. Dennoch engagieren sich in den europäischen Ausschüssen sowie im Deutschen Spiegelausschuss überwiegend Vertreter aus der akademischen Restaurierung und aus der ihr nahestehenden Wissenschaft mit dem Versuch, gezielt Lobbyarbeit über Normung zu praktizieren. So wird immer wieder versucht, die Ausübung bestimmter Verfahren an spezielle akademische Qualifikationen zu binden und eine Norm zur Auftragsvergabe zu erarbeiten, obwohl die Auftragsvergabe in Deutschland klar geregelt ist. Das Handwerk kann dem wenig entgegensetzen, weil es lediglich mit einem Sitz vertreten ist.

Für das kulturelle Erbe ist dieses Vorgehen schädlich. So werden dem kulturellen Erbe aufgrund unzureichender Kenntnisse und interessegeleiteter Normen einerseits die möglicherweise adäquaten Restaurierungs- und Konservierungsmethoden verwehrt, und andererseits drohen durch die Verdrängung des Handwerks auch historische Techniken verloren zu gehen.

Forderungen:

- **Abschaffung des europäischen Normenausschusses CEN/TC 346, Sicherstel-**

lung einer ausgewogenen Beteiligung von Fachleuten in den Ausschüssen.

- **Keine interessegeleitete Beeinflussung von Vergaberegeln in der öffentlichen Beschaffung.**

2. Normung muss in der Selbstverwaltung der Wirtschaft bleiben

Aktuell ist auch auf der nationalen Ebene verstärkt die Tendenz zu beobachten, Normen in den staatlichen Handlungsbereich einzubeziehen und Normung unter staatliche Obhut zu stellen. So formuliert der aktuelle Koalitionsvertrag im Zusammenhang mit dem „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“, dass Normen auf ihren Nutzen überprüft werden müssen und auf ihren erforderlichen Umfang reduziert werden sollen. Darüber hinaus soll für jede neue Normung im Bereich des Bauens eine Folgeabschätzung für die Kosten des Bauens und Wohnens als Entscheidungsgrundlage dafür dienen, ob eine Norm eingeführt wird oder nicht.

Das Handwerk sieht diese Entwicklung mit Sorge, zumal der Staat hiermit in ein gewachsenes und etabliertes Selbstverwaltungssystem der Wirtschaft eingreifen und über die Zulassung oder Nicht-Zulassung von technischen Regeln bestimmen würde. Dabei sind es zumeist nicht Normen, die am Bau kostentreibend wirken, sondern Gesetze und Verordnungen, die in den vergangenen Jahren das Anforderungsniveau an das (energetische) Bauen erheblich gesteigert haben, und die in sich oftmals widersprüchlich sind.

Vor diesem Hintergrund warnt das Handwerk davor, dass sich die Politik das Normungsgeschehen regulatorisch aneignen will. Die Normung muss in der Selbstverwaltung der Wirtschaft bleiben, unter regelmäßiger Beteiligung der interessierten Kreise. Nur aus der Wirtschaft heraus kann das Fachwissen der praktischen

Anwendung kommen, welche Normen wichtig und notwendig sind.

Forderung:

- **Normung muss in der Selbstverwaltung der Wirtschaft bleiben, Politik muss Beteiligungsmöglichkeiten sicherstellen.**
- **Keine politische Regulierung der Normung, Befolgung der außerpolitischen Grundsätze der Standardisierung.**

3. Wachsende Komplexität bekämpfen, Transparenz erhöhen

In der Vergangenheit sind insbesondere fachspezifische Normentwürfe immer komplexer geworden. So ist die Fassadennorm in zehn Jahren von 40 auf 170 Seiten angewachsen. Hinzu kommt eine stetig wachsende Anzahl von Normen aus Deutschland, der EU und von der internationalen Ebene sowie gerade in den letzten Jahren eine zunehmende Zahl an Querschnittsnormen. Sie beziehen sich z.B. auf Maschinensicherheit, Arbeitsschutz, Ergonomie oder Emissionsreduktion und nicht auf ein konkretes Produkt. Sie sind damit wesentlich schwerer identifizierbar als Produktnormen und noch weniger transparent. Durch die Digitalisierung werden Querschnittsnormen noch erheblich zunehmen.

Zugleich ist zu beobachten, dass immer häufiger Produktnormen durch Dienstleistungsnormung gedoppelt werden, insbesondere durch europäische Regelungen. Damit sind im Zweifel zwei Normen zu berücksichtigen und anzuwenden. In vielen Fällen konterkarieren diese Dienstleistungsnormen auch die Erfahrung und das Wissen, welches in Deutschland durch die Meisterqualifikation vorhanden ist.

Dies bedeutet einen deutlich zunehmenden Aufwand im Bereich der Normungsarbeit. Dabei

wachsen nicht nur die Bereiche der Normung und der Aufwand für die eigentliche Normungsarbeit in den Gremien, sondern auch der Rechercheaufwand hinsichtlich aktueller und geplanter Normungsaktivitäten, die in Bezug auf ihre Relevanz für die eigenen Unternehmen geprüft werden müssen.

Die kleinen und mittleren Unternehmen des Handwerks können das in der Regel nicht leisten. Aber auch in den Handwerksorganisationen löst die Normungsflut einen erheblichen und zunehmenden Aufwand aus, sowohl personell als auch finanziell. Vor allem viele kleinere Verbände sind dazu kaum in der Lage. Deshalb braucht es Vereinfachung, Rückführung der Umfänge und Transparenzmaßnahmen.

Forderungen:

- **Normungsarbeit muss thematische und inhaltliche Doppelarbeiten ausschließen.**
- **Das DIN muss ein Monitoring von Querschnittsnormen durchführen – sowohl auf deutscher, als auch auf internationaler Ebene.**
- **Das DIN muss nicht nur in der Querschnittsnormung eine Signalfunktion für die Wirtschaft übernehmen und Hinweise geben, welche Bereiche von welcher Norm betroffen sind.**
- **Notwendig ist eine DIN-„Landkarte“ für die Produkt- und Dienstleistungsnormung, die anzeigt, welcher Bereich von welcher Norm betroffen ist und wann wer eingebunden werden muss.**

4. Verständlichkeit und Umsetzbarkeit müssen wieder gewährleistet sein

Normung hat vielfach den lang bewährten Grundsatz verlassen, dass sich die Normen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik richten müssen. Stattdessen wird immer

häufiger der Stand der Forschung zum Maßstab einer Norm erklärt. Vielfach ist diese Entwicklung auf die Zusammensetzung der Normungsausschüsse zurückzuführen, in denen die Wissenschaft zumeist stark vertreten ist. Dies führt dazu, dass Normen in der Praxis immer schwerer anwendbar sind. Dies lässt sich exemplarisch an drei Beispielen festmachen:

- Referenzmethoden: Aufgrund der zunehmend wissenschaftlicheren Arbeit sind die Ergebnisse – bezogen auf notwendige Nachweise – oftmals multifaktoriell bestimmt. In Bezug auf die Praxis sind diese Ansätze allerdings oft nicht zielführend und wenig praktikabel. Wählt man multifaktorielle Ansätze, so sind diese zu gliedern und mit Basiswerten (Grundinformationen) zu versehen.

Forderung: Referenzmethoden müssen nachvollziehbar sein.

- Rechenverfahren: Häufig sind Prüfverfahren und Messungen als Referenzmethode in Normen beschrieben. Diese Verfahren sind – im Gegensatz zu Berechnungen und Tabellen, wie sie in früheren Normen durchaus üblich waren – nur kostenintensiv nachvollziehbar. Ergebnisse von (Einzel-) Prüfungen sind in der Regel jedoch nicht genauer (Streuung) als z. B. vereinfachende Rechenverfahren.

Forderung: Rückkehr zu vereinfachenden Rechenverfahren.

- Notwendige Werte und Inhalte in Normen: Der langjährige Verzicht auf lösungsorientierte Ansätze in Normen (new approach) und die damit verbundenen fehlenden lösungsorientierten, normativen Beschreibungen sind nicht handwerksgerecht. Hier besteht ein erheblicher Ergänzungsbedarf

in den Normen. Auch ist zu klären, wer die Kosten für normative Nachweise trägt.

Forderung: Normung muss wieder verstärkt lösungsorientierte Ansätze berücksichtigen.

Einfachheit, Klarheit und Praktikabilität von Normen müssen wieder Leitziele werden. Deshalb ist die Umsetzbarkeit von KMU-relevanten Normungsergebnissen durch kleine und mittlere Unternehmen vor Veröffentlichung zu prüfen, dies kann beispielsweise durch Praktikabilitätsprüfungen durch handwerkliche Sachverständige, Anhörungen oder Praxistests erfolgen.

Forderungen:

- **Einführung eines KMU-Kompatibilitätstests vor der Veröffentlichung einer Norm.**
- **Ausbau der KMU-spezifischen Beratungskapazitäten im DIN, zugeschnitten auf Wirtschaftsgruppen.**

5. Institutionelle Verankerung der KMU-Praxis in der Normungsarbeit erforderlich

Kleine und mittlere Unternehmen stellen den absoluten Großteil der Unternehmen in Deutschland, aber auch in Europa. Das Handwerk bildet den Kern dieses Mittelstandes, auch im gewerblich-technischen Bereich und ist der Umsetzer von Normen in Deutschland. Umso wichtiger ist die Bedeutung des Handwerks in der Normungsarbeit und im Normungsgeschehen insgesamt einzustufen.

Dem gegenüber sind die Handwerksvertreter in den Normungsausschüssen sowohl auf nationaler, als auch insbesondere auf der europäischen und noch stärker auf der internationalen Ebene i.d.R. deutlich unterrepräsentiert: Weil für die meisten KMU des Handwerks Normungsarbeit zeitlich und finanziell nicht leistbar ist, weil

Sprachbarrieren einer Beteiligung entgegenstehen und weil auch die Ressourcen der Handwerksorganisationen und dort vor allem der Fachverbände begrenzt sind. Deshalb ist Normungsarbeit oft durch Vertreter von Großunternehmen, Konzernen und der Wissenschaft geprägt und die Durchsetzung von KMU-Interessen und –belangen generell schwierig.

Das darf jedoch nicht so bleiben – **Handwerk braucht mehr Normungsexperten und Normung braucht mehr Handwerksexperten.** Deshalb ruft der ZDH die Bundesregierung und die Europäische Kommission auf, das in der Verordnung über die Europäische Normung (EU) 1025/2012 verankerte Prinzip der Inklusivität von kleinen und mittleren Unternehmen im Normungsgeschehen zu stärken.

Das Motto in der Normungspolitik muss lauten: „Think small first and think practical!“ und es muss sich entsprechend in der Beteiligung von KMU und KMU-Vertretern widerspiegeln. Dies erfordert:

- **Institutionalisierte Beteiligung von KMU in Normungsgremien:** Bei der Zusammensetzung von Normungsgremien, sowohl in Deutschland als auch auf europäischer Ebene, ist sicherzustellen, dass Vertreter aus kleinen und mittleren Unternehmen (angemessen) beteiligt sind. Ziel muss es sein, mindestens ein Viertel aller Teilnehmer mit KMU oder ihren Vertretungen zu besetzen. Es muss Aufgabe der Normungsorganisationen sein, diese „KMU-Quote“ zu erfüllen.
- **KMU-gerechte Organisation der Normungsarbeit einführen:** Weil KMU und ihre Vertreter nicht regelmäßig den Betrieb verlassen können, müssen Wege gesucht werden, KMU auch aus der Ferne an der Normungsarbeit teilhaben zu lassen (z.B.

Live-Zuschaltungen und Videokonferenzen). Die Digitalisierung schafft neue Beteiligungsformen, die es zu nutzen gilt.

- **Experten schulen, Netzwerke aufbauen:** Normungsarbeit braucht langen Atem und Expertentum. Eine Ausweitung funktioniert nicht von heute auf morgen. Deshalb müssen Netzwerke im Handwerk aufgebaut und Experten regelmäßig geschult werden – ohne Investitionen in die Menschen werden Normungsexperten fehlen. BMWi und DIN sind aufgefordert, das Expertentum auch im Handwerk zu unterstützen.
- **Deutsche Normungsexperten aus Europa in DIN-Ausschüsse integrieren:** Zahlreiche deutsche Normungsfachleute auch aus dem Handwerk vertreten deutsche Interessen in Europa. Allerdings wird dieses Wissen nur unzureichend in deutschen Gremien genutzt, auch aus Kostengründen. Um dieses Wissen nutzbar zu machen, sollten alle deutschen Normungsexperten in Brüssel kostenlosen Zugang zu DIN-Ausschüssen erhalten.
- **Interessen des Mittelstands auf europäischer Ebene sichern:** Die Notwendigkeit der Einbeziehung kleiner und mittlerer Unternehmen auf europäischer und nationaler Ebene ist im gesetzlichen Rahmenwerk für das Europäische Normungssystem ausdrücklich anerkannt. Es ergeben sich Verpflichtungen für europäische und nationale Normungsorganisationen, die das Handwerk ausdrücklich begrüßt. Nichtsdestotrotz gilt es, die entsprechende Bewusstseinsbildung in den Europäischen Institutionen, insbesondere aufgrund der engen Verzahnung von europäischer Gesetzgebung und Normung, voranzutreiben und Unterstützungsmechanismen dauerhaft zu sichern. Im Rahmen der angekündigten KMU-

Strategie muss der Zugang zu Normen und zur Normung (u.a. durch die Arbeit von Small Business Standards) für kleine und mittlere Betriebe einen Schwerpunkt darstellen.

- **Finanzielle Unterstützung erforderlich:** Mittelständische Unternehmen verfügen selbst häufig nicht über die Ressourcen, Normungsarbeit in Gremien oder strategische Planung der Normungsarbeit aus ihren Unternehmen heraus abzudecken. Diesen strukturellen Nachteil gleichen die Handwerksorganisationen und dort zumeist die Fachverbände aus. Für KMU geprägte Branchen müssen Normungsexperten für die strategische Planung, Koordination der Facharbeit und Aufbereitung von Informationen vorgehalten werden. Im Gegensatz zu Industrievertretern in der Normung, die häufig für diese Aufgabe durch Unternehmen abgestellt werden, müssen Fachverbände für KMU-Branchen Aufwandsentschädigungen für Normenexperten zahlen. Während also in der Industrie ein großer Teil der Kosten durch engagierte Unternehmen getragen wird, müssen im Handwerk Fachverbände Normungsarbeit finanzieren. Damit die Fachverbände die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich der Normungsarbeit dauerhaft sicherstellen können, ist Unterstützung notwendig. Auf europäischer Ebene wurde mit der Förderung von Normungsexperten im Rahmen der Arbeit von Small Business Standards (SBS) bereits ein Ansatz etabliert, der praktikabel und erfolgreich ist und auf die nationale Ebene übertragen werden sollte. Erst eine systematisierte Unterstützung der Normungsarbeit kann das dauerhaft erforderliche Expertentum in der Breite etablieren.

- **Aktivierung von erfahrenen Experten für die Normung durch bessere Einbindung der Sachverständigen des Handwerks:** Viele KMU und ihre Verbände verfügen über hervorragende Fachexperten. Sie sollten in der Zukunft verstärkt genutzt werden, um als erfahrene Experten ihr Fachwissen in die Normung einzubringen. Aber auch die Sachverständigen in den Handwerksorganisationen, die über ein besonders ausgeprägtes fachliches Wissen verfügen, sollten stärker in die Normungsarbeit eingebunden werden.

6. Normungsstrategie des Handwerks

Normung und Normen sind ein wesentlicher Bestandteil der arbeitsteiligen Wirtschaft. Sie müssen in allen Bereichen stärker berücksichtigt werden als bislang:

- Es ist Aufgabe der Bundesregierung und insbesondere des BMWi, in der mittelstandspolitischen Strategie das Thema Normen und Normung aufzugreifen und die Beteiligung von KMU bzw. ihrer Vertreter sicherzustellen und Vorkehrungen zu treffen, damit Praxistauglichkeit und Umsetzbarkeit von Normen gegeben sind.
- Erarbeitung einer Normungsstrategie Mittelstand und Handwerk durch die Bundesregierung unter Einbeziehung der Betroffenen.
- Verankerung der KMU-Normungsinteressen in der Europäischen KMU-Strategie.
- Es ist zu prüfen, ob und wie und in Abhängigkeit von der jeweiligen Branche, Normungswissen stärker als bislang im Bereich der beruflichen Bildung verankert werden kann, bspw. durch ein Pilotprojekt Rahmenlehrplan.

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks richtet einen Strategiekreis Normung ein, um sich dauerhaft mit Fragen der Normung auseinanderzusetzen und eine stärkere Beteiligung des Handwerks an der Normung zu erreichen, aber auch frühzeitig Probleme an die Politik und das DIN adressieren zu können.

Normung: Forderungen des Handwerks auf einen Blick

- Normung darf auf europäischer Ebene nicht politisch instrumentalisiert werden.
- Es ist zu gewährleisten, dass nur notwendige Konkretisierungen über Normungsaufträge ausgelagert werden. Sonderfälle dürfen nicht zum Regelfall werden.
- Der Rückstau bei harmonisierten Normen ist aufzulösen, Verfahren sind deutlich zu vereinfachen und zu beschleunigen, die Bauproduktenverordnung ist nachzubessern, Transparenz bei Normungsmandaten ist sicherzustellen.
- Die Zusammensetzung und Arbeitsweise von Konformitätsbewertungsstellen (Notified Bodies) ist zu prüfen und ggf. anzupassen.
- Normung muss in der Selbstverwaltung der Wirtschaft bleiben, Politik muss Beteiligungsmöglichkeiten sicherstellen.
- Normungsarbeit muss thematische und inhaltliche Doppelarbeiten ausschließen.
- Das DIN muss ein Monitoring von Querschnittsnormen durchführen – sowohl auf deutscher, als auch auf internationaler Ebene.
- Das DIN muss in der Querschnittsnormung eine Signalfunktion für die Wirtschaft übernehmen und Hinweise geben, welche Bereiche davon betroffen sind.
- Notwendig ist eine DIN-„Landkarte“ für die Produkt- und Dienstleistungsnormung, die anzeigt, welcher Bereich von welcher Norm betroffen ist und wann wer eingebunden werden muss.
- Referenzmethoden müssen nachvollziehbar sein.
- Eine Rückkehr zu vereinfachenden Rechenverfahren ist erforderlich.
- Normung muss wieder verstärkt lösungsorientierte Ansätze berücksichtigen.
- Vor der Veröffentlichung einer Norm ist die Einführung eines KMU-Kompatibilitätstests notwendig.
- Die KMU-spezifischen Beratungskapazitäten im DIN müssen ausgebaut werden, zugeschnitten auf Wirtschaftsgruppen.
- Erforderlich ist eine institutionalisierte Beteiligung von KMU in Normungsgremien.
- Normungsarbeit muss KMU-gerecht organisiert werden.
- Es müssen Normungsexperten im Handwerk geschult und ein Expertennetzwerk Normung im Handwerk aufgebaut werden.
- Deutsche Normungsexperten aus Europa sind in DIN-Ausschüsse zu integrieren.
- Den Zugang für KMU zum Europäischen Normungssystem gilt es zu sichern und auszubauen. Die finanzielle Förderung ist dabei zentraler Bestandteil.
- Damit die Fachverbände die Interessen von KMU im Bereich der Normungsarbeit dauerhaft sicherstellen können, ist Unterstützung notwendig.
- Erfahrene Experten des Handwerks gilt es, für die Normung zu aktivieren, die Sachverständigen des Handwerks müssen besser eingebunden werden.